

<b>Gesundheit: Psychische Belastungen am Arbeitsplatz kosten Milliarden</b>	<b>2</b>
<b>Tarifpolitik: EU-Nachbarn unterstützen Tarifbindung</b>	<b>3</b>
<b>Eurokrise: EZB könnte Staatspleiten verhindern</b>	<b>4</b>
<b>Wirtschaftskrise: EU: Wenig Steuern auf Kapital</b>	<b>5</b>
<b>Rente: Riester-Rente: Große Datenlücken; Gesamtwirtschaftlich lohnt sich riestern nicht</b>	<b>6</b>
<b>Gesundheit: Arme sind häufiger krank</b>	<b>7</b>
<b>TrendTableau</b>	<b>8</b>

## GRIECHENLAND

# Konsolidierung ohne Schuldenschnitt

**Die griechische Schuldenkrise lässt sich ohne Schuldenschnitt lösen, zeigen Berechnungen des IMK. Immer härtere Sparauflagen erschweren allerdings die Konsolidierung.**

Fast täglich spitzt sich die Debatte um die griechischen Staatsfinanzen zu. Die Troika verlangt neue Sparprogramme, weil das Haushaltsdefizit erneut höher ausfallen dürfte als prognostiziert. Etliche Ökonomen fordern einen Schuldenschnitt. Damit würden die Europäer aber ohne Not unkalulierbare Risiken eingehen, warnt das IMK. „Die bislang beschlossenen Hilfen – verbunden mit weiteren Liquiditätsgarantien zur Beruhigung der Finanzmärkte – bieten gute Voraussetzungen dafür, die griechische Schuldenquote schon in wenigen Jahren deutlich sinken zu lassen“, sagt Gustav Horn, der wissenschaftliche Direktor des IMK.

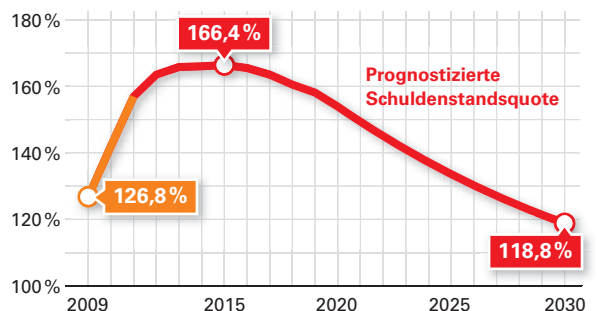
Die Forscher analysieren den Sparkurs in Griechenland und die Hilfspakete.\* Der griechischen Regierung attestieren sie erhebliche Konsolidierungserfolge. So sank das Haushaltsdefizit im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 15,4 Prozent 2009 auf 10,5 Prozent 2010. Für dieses Jahr wird ein Fehlbetrag von 8,5 Prozent erwartet. Zum Vergleich: Der Internationale Währungsfonds untersuchte weltweit zahlreiche Fälle, in denen Staaten ihr Defizit zurückfahren mussten. Im Durchschnitt betrug die Reduzierung dort nur 1,7 Prozentpunkte – in zwei Jahren.

Dass die Griechen gleichwohl die noch niedrigeren Defizit-Erwartungen der Troika verletzen, führt die IMK-Untersuchung nicht auf fehlenden Sparwillen zurück, sondern auf zu optimistische Annahmen zur Wirtschaftsentwicklung. Die Fachleute der Troika hätten schlicht unterschätzt, wie massiv die Sparpolitik das BIP schrumpfen lässt. Deshalb sei weiteres „Hinterhersparen“ auch keine Lösung, sondern verschärfe Konjunktur- und Defizitprobleme noch.

In ihren eigenen Simulationsrechnungen, welche die griechische Schuldenquote bis 2030 prognostizieren, kalkulieren die Wissenschaftler daher mit einem deutlich geringeren Wirtschaftswachstum als Folge des Konsolidierungskurses. Dieser Negativ-Faktor wird aber laut IMK mehr als ausgeglichen durch eine Erleichterung, die der erweiterte Rettungsschirm den Euro-Krisenländern bringt: Auf Hilfskredite müssen sie nicht mehr 5 bis 6 Prozent Zinsen zahlen, sondern im Schnitt lediglich 4,2 Prozent. Das trage wesentlich dazu bei, dass die griechische Schuldenquote ab 2016

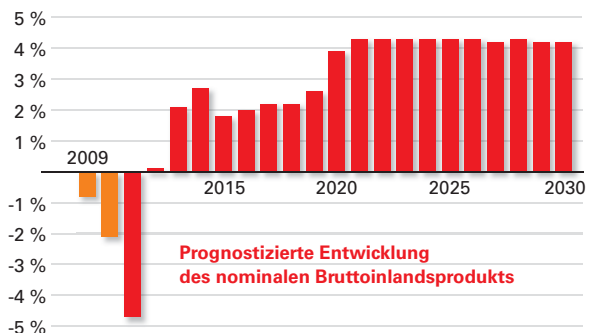
## Griechenland: Erholung möglich

Mit einem wachstumsschonenden Konsolidierungsprogramm kann nach Berechnungen des IMK\* die griechische Staatsschuld deutlich sinken



\*IMK-Szenario „Wachstumsrendite“ Rahmenbedingungen: niedrigere Zinsen durch erweiterte EFSF; zeitliche Streckung der Konsolidierungsvorgaben.

## Wachstum: Stabilisierung nach dem Absturz



Quelle: IMK 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

kontinuierlich abnimmt – ganz ohne Schuldenschnitt. Die positive Entwicklung lasse sich noch fördern, wenn die Konsolidierungsvorgaben zeitlich gestreckt würden und damit das Wirtschaftswachstum stabilisiert werde, so das IMK. ◀

\* Quelle: Gustav A. Horn u.a.: Voraussetzungen einer erfolgreichen Konsolidierung in Griechenland. IMK Report 66, Oktober 2011  
Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Psychische Belastungen am Arbeitsplatz kosten Milliarden

**Arbeitsbedingte psychische Belastungen verursachen jährlich Kosten von fast 30 Milliarden Euro. Betriebliche Präventionsprogramme nutzen nicht nur der Gesundheit der Beschäftigten, sondern zahlen sich auch wirtschaftlich aus.**

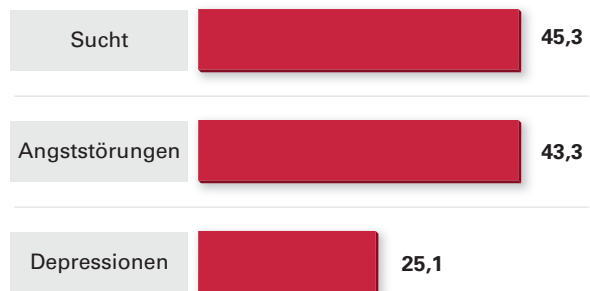
Psychische Störungen verursachten im Jahr 2008 Behandlungskosten von knapp 29 Milliarden Euro. Die indirekten Kosten betragen sogar 45 Milliarden Euro. Dieser Wert ergibt sich aus der Zahl der ausgefallenen Arbeitstage multipliziert mit dem Betrag, den ein durchschnittlicher Arbeitnehmer pro Tag erwirtschaftet. Das haben der Gesundheitsökonom Wolfgang Bödeker und der Mathematiker Michael Friedrichs im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung ermittelt.\* Psychische Probleme seien eine wesentliche Ursache für Arbeitsunfähigkeit und Frühverrentung, schreiben die Wissenschaftler vom Bundesverband der Betriebskrankenkassen beziehungsweise vom Institut für Prävention und Gesundheitsförderung der Uniklinik Essen. „Wegen der Kombination aus hohem Verbreitungsgrad, frühem Einsetzen und möglicherweise ungünstigem, langen Krankheitsverlauf“ verursachten psychische Leiden bedeutende wirtschaftliche Belastungen.

Unter psychische Störungen fällt eine ganze Reihe von Krankheitsbildern. Mit Abstand am häufigsten sind Arbeitsausfälle durch gesundheitliche Einschränkungen der Kategorie „neurotische, belastungs- und somatoforme Störungen“, dazu gehören etwa Angstzustände. Auf Rang zwei folgen die „affektiven Störungen“, beispielsweise Depressionen. Wiederum mit großem Abstand folgen Suchtprobleme. Bödeker und Friedrichs verwenden für ihre Berechnungen Daten des Statistischen Bundesamtes sowie Krankenkassenstatistiken.

In den Gesamtzahlen sind die Kosten sämtlicher psychischer Störungen enthalten – unabhängig davon, welchen Grund sie hatten. Aus den unterschiedlichen Erkrankungsrisiken verschiedener Berufsgruppen und weiteren statistischen Informationen lässt sich den Wissenschaftlern zufolge aber auch ermitteln, welche Kosten auf Gesundheitsstörungen entfallen, die unmittelbar aus

## Psychische Störungen: Arbeitsfähigkeit leidet erheblich

Ein Krankheitsfall kostete so viele Arbeitstage bei...



Erkrankungen der Kategorien „Psychische und Verhaltensstörungen durch psychotrope Substanzen“, „Neurotische, Belastungs- und somatoforme Störungen“ sowie „Affektive Störungen“  
Quelle: Bödeker 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

dem Berufsleben resultieren; das heißt „durch Arbeitsbedingungen ganz oder teilweise verursacht sind beziehungsweise in ihrem Verlauf ungünstig beeinflusst werden“.

**Arbeitsbedingte Kosten psychischer Störungen.** In dieser Abgrenzung ergibt sich ein jährlicher Schaden von 7,1 Milliarden Euro. Neben den direkten Behandlungskosten beinhaltet die Zahl Kosten des Arbeitsausfalls, Krankengeldzahlungen der Krankenkassen, Kosten krankheitsbedingter Frühverrentungen und Einnahmeverluste sowie Zusatzausgaben der Rentenversicherung.

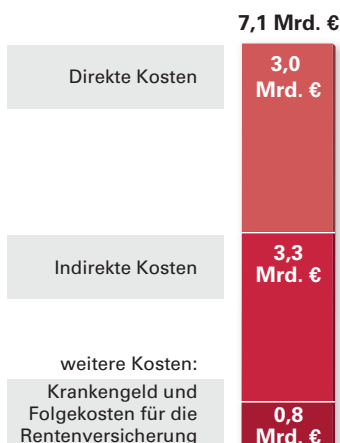
**Psychische Belastungen am Arbeitsplatz** – etwa hoher Leistungsdruck oder geringe Entscheidungsspielräume – können sich nicht nur direkt in psychischen Erkrankungen äußern. Auch Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems, Kreislauf- sowie Magen- und Darmerkrankungen können die Folge psychisch belastender Arbeitsbedingungen sein. Bezieht man dies in die Schätzung der gesamtwirtschaftlichen Kosten ein, so ist der volkswirtschaftliche Schaden noch erheblich größer als die reinen Kosten psychischer Störungen: Die Forscher kommen insgesamt auf rund 10 Milliarden direkte und gut 19 Milliarden Euro indirekte Kosten.

**Prävention lohnt.** Bödeker und Friedrichs weisen darauf hin, dass betriebliche Gesundheitspolitik einen Beitrag leisten kann, den wirtschaftlichen Schaden von psychischen Erkrankungen und Belastungen zu reduzieren. Zahlreiche Studien aus den USA belegten, dass sich Präventionsmaßnahmen in aller Regel auszahlen – nicht nur gesamtwirtschaftlich, sondern auch für das einzelne Unternehmen. Nach unterschiedlichen Untersuchungen erzielt ein in Gesundheitsprävention investierter Dollar Erträge zwischen zwei und zehn Dollar. ◀

\* Quelle: Wolfgang Bödeker, Michael Friedrichs: Kosten der psychischen Erkrankungen und Belastungen in Deutschland, in: Lothar Kamp, Klaus Pickshaus (Hrsg.): Regelungslücke psychische Belastungen schließen, August 2011  
Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

## Verlorenes Geld

Die Kosten für psychische Erkrankungen infolge von Arbeitsbelastungen betragen...



Quelle: Bödeker 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

# EU-Nachbarn unterstützen Tarifbindung

In Deutschland werden Tarifverträge kaum noch allgemeinverbindlich erklärt. Erfahrungen europäischer Nachbarn zeigen: Eine Wiederbelebung des Instruments könnte zu einer höheren Tarifbindung beitragen.

Nur noch 62 Prozent der deutschen Beschäftigten werden nach Tarif bezahlt. Damit liegt die Bundesrepublik deutlich hinter dem Gros der westeuropäischen Staaten zurück. Ein Grund: In Frankreich, Spanien oder Finnland sind Tarifverträge häufiger allgemeinverbindlich. Das heißt, sie gelten über die abschließenden Tarifparteien hinaus für alle Unternehmen einer Branche. WSI-Forscher Thorsten Schulten hat auf der Tarifpolitischen Tagung seines Instituts einige Regelungen unserer Nachbarn zusammengefasst\*:

- ▶ In **Frankreich** entscheidet das Arbeitsministerium über die Ausdehnung eines Tarifabschlusses. Es gibt keinerlei Kriterien zur Repräsentativität der abschließenden Parteien. Das Ministerium kann also unabhängig davon entscheiden, wie viele Arbeitnehmer und Arbeitgeber einer Branche tarifgebunden sind.
- ▶ **Spanien** dehnt Tarifverträge automatisch auf alle Beschäftigten einer Branche aus, wenn sie von einer als repräsentativ anerkannten Gewerkschaft und einem entsprechenden Arbeitgeberverband abgeschlossen wurden. Eine Ausdehnung ist auch in eine andere Region möglich.
- ▶ In **Finnland** entscheidet bereits seit 1970 eine überparteiliche Kommission, ohne dass die Sozialpartner dies beantragen müssen. Wenn in etwa die Hälfte der Arbeitnehmer bei tarifgebundenen Arbeitgebern beschäftigt ist, gilt der Abschluss für alle. Oder wenn die Branche eine lange Tradition der Allgemeinverbindlichkeit aufweist und relativ viele Beschäftigte gewerkschaftlich organisiert sind.
- ▶ In der **Slowakei** hat die Allgemeinverbindlichkeit zwischen 2007 und 2010 eine kurze Blüte erlebt: In dieser Zeit war die Ausdehnung von Tarifabschlüssen auch ohne das Einverständnis der Arbeitgeber möglich. Doch seit dem jüngsten Regierungswechsel gelten Allgemeinverbindlicherklärungen jeweils nur noch für einen einzelnen Arbeitgeber – und auch nur dann, wenn dieser der Ausdehnung zustimmt.

Das Instrument der Allgemeinverbindlicherklärung führe nicht notwendigerweise zu einer Schwächung der Gewerkschaften, fasst Schulten die europäischen Erfahrungen zusammen. Finnland mit seiner jahrzehntelangen Ausdehnungspraxis weise einen gewerkschaftlichen Organisationsgrad von 70 Prozent auf. Die Gewerkschaften dürften sich aber auch nicht zu sehr auf die Politik verlassen, wie das Beispiel der Slowakei zeige. Dennoch gelte: Die Allgemeinverbindlicherklärung trägt in einigen Ländern entscheidend zur Stabilisierung oder gar Stärkung der Tarifbindung bei.

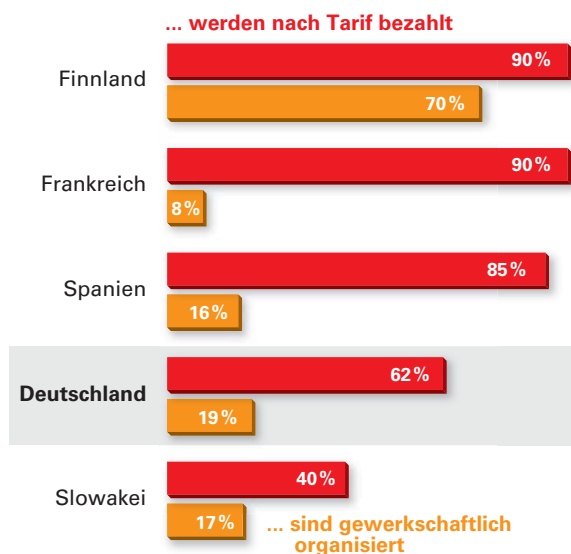
In **Deutschland** hingegen erfassen allgemeinverbindlich erklärte Vergütungstarifverträge heutzutage nur noch insgesamt vier Branchen auf regionaler Ebene – und damit 220.000 Beschäftigte. An Bedeutung gewonnen hat das Arbeitnehmerentendegesetz. Dieses gilt inzwischen für neun Branchen; in vier weiteren ist seine Anwendung geplant. Allerdings setzt es zumeist lediglich Mindestlöhne, während die klassische Allgemeinverbindlicherklärung die gesamte Entgelttabelle und eine ganze Reihe weiterer, auch manteltarifvertraglicher Regelungen umfassen kann, erläutert WSI-Tarifexperte Reinhard Bispinck.

Der Anwendungsstau in Sachen Allgemeinverbindlicherklärung habe eine Reihe von Ursachen:

- ▶ Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände praktiziert nach eigener Aussage einen „vorsichtigen Umgang“ mit dem Instrument. In der Praxis führt das dazu, dass sie fallweise selbst Wünsche ihrer Mitgliedsverbände nach Allgemeinverbindlicherklärung blockiert.
- ▶ Doch auch einige Fachverbände, beispielsweise der Einzelhandel, lehnen seit Jahren Allgemeinverbindlicherklärungen ihrer Vergütungstarifverträge ab.
- ▶ Die tarifgebundenen Arbeitgeber müssen mindestens 50 Prozent der Arbeitnehmer einer Branche beschäftigen – ein hohes Quorum, so Bispinck.
- ▶ Viele Arbeitgeberverbände bieten Unternehmen inzwischen die Möglichkeit einer Mitgliedschaft ohne Tarifbindung. Hier sei ein Zusammenhang mit dem Niedergang der Allgemeinverbindlicherklärung zu vermuten.

## Andere EU-Länder zahlen öfter Tarif

Beschäftigte\* in ...



\* 2007 bis 2009  
Quelle: WSI 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

Für eine Stabilisierung des Tarifgefüges sei eine Renaissance der Allgemeinverbindlicherklärung nötig, so der Tarifexperte. Er empfiehlt, die Veto-Position der Arbeitgeberverbände abzuschaffen. Zudem sollten im Tarifausschuss, der über die Ausdehnung entscheidet, die jeweiligen Branchen-Tarifparteien sitzen – und nicht übergeordnete Dachverbände. Bispinck rät zudem, das Quorum unter 50 Prozent zu senken. ◀

\* Quellen: Thorsten Schulten: Allgemeinverbindlicherklärungen – Erfahrungen aus Europa, Reinhard Bispinck: Der Niedergang der AVE – Entwicklung und Reformperspektiven; Vorträge auf der Tarifpolitischen Tagung 2011 des WSI, Düsseldorf, 28. September 2011  
Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# EZB könnte Staatspleiten verhindern

Die Europäische Zentralbank hat durch Geldmarktinterventionen 2008 den Zusammenbruch des Bankensystems verhindert. Heute könnte sie eine Eskalation der Eurokrise verhindern, argumentiert der Ökonomieprofessor Paul de Grauwe – durch Interventionen auf dem Markt für Staatsanleihen.

Zentralbanken sind Retter in höchster Not: Wenn die Verunsicherung an den Finanzmärkten so groß ist, dass niemand mehr Kredite vergibt, springen sie ein und erhalten die Geldversorgung des Bankensystems aufrecht. Auf diese Weise trug die Europäische Zentralbank (EZB) im Oktober 2008 wesentlich dazu bei, nach der Lehman-Pleite eine Lawine von Bank-Insolvenzen zu verhindern. Paul de Grauwe, Professor für internationale Wirtschaft im belgischen Löwen und Forscher am Centre for European Policy Studies, schlägt daher vor, den Aufgabenbereich der EZB zu erweitern.\* Nicht nur wenn das Bankensystem in der Klemme steckt,

in Aktion treten; es reiche normalerweise aus, wenn die Marktteilnehmer sich darauf verlassen können, dass er im Notfall zur Stelle wäre.

Aber ist die EZB für den Staatsanleihenmarkt überhaupt zuständig? Der Wirtschaftsprofessor begründet dies mit den Besonderheiten der gemeinsamen Währung. Gegenüber Ländern mit eigenem, nationalen Geld stehen die Mitgliedsstaaten einer Währungsunion nach de Grauwe vor einer besonderen Schwierigkeit: Ihre Regierungen haben praktisch keinen Einfluss auf die Geldpolitik. Und die supranationale Zentralbank kann die Probleme eines einzelnen Landes nur

in Maßen berücksichtigen. Faktisch müssen die Regierungen damit Kredite „in einer Fremdwährung, über die sie keine Kontrolle haben“ aufnehmen.

Dadurch können sie eher Schwierigkeiten bekommen, ihre Raten pünktlich zurückzuzahlen, als Staaten mit nationaler Währung. Diese hätten es viel leichter, ihre Schuld – in eigener Währung, mit Unterstützung der nationalen Notenbank – vollständig zu begleichen, argumentiert der Wissenschaftler. Denn es bestehe eine „implizite Garantie“, dass die Zentralbank auch für den Staatsanleihenmarkt als „lender of last resort“ dient. Das Fehlen einer

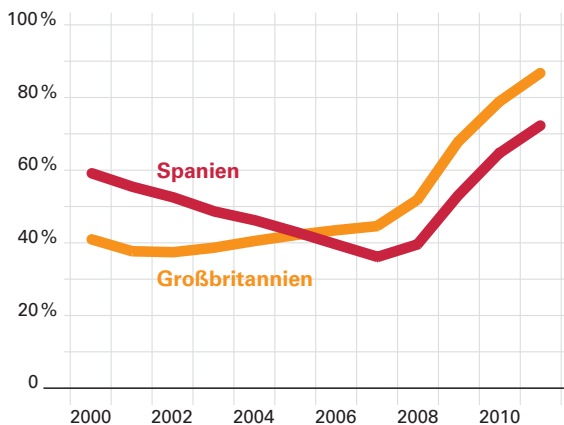
solchen Garantie mache eine Währungsunion anfälliger für staatliche Liquiditätskrisen, die schnell von einem Land auf andere überspringen können. Deshalb sollte Europas Zentralbank nach de Grauwe den expliziten Auftrag bekommen, den Mitgliedsstaaten in Krisenzeiten durch den Kauf von Staatspapieren die nötige Liquidität zur Verfügung zu stellen.

Dass es für Investoren tatsächlich einen Unterschied macht, ob Staaten über eine Liquiditätsgarantie der Zentralbank verfügen, zeigt dem Forscher zufolge etwa der Vergleich zwischen Spanien und Großbritannien: Obwohl der öffentliche Schuldenstand im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt in Spanien niedriger ist, muss das Land höhere Zinsen zahlen. Das hat nach der Analyse De Grauwes damit zu tun, dass Anleger das Konkursrisiko von Mitgliedern der Währungsunion in der gegenwärtigen Situation für höher halten.

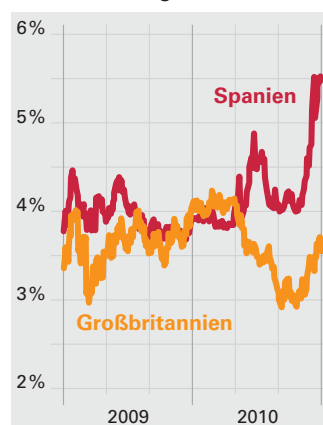
Der Ökonom setzt sich auch mit möglichen Einwänden gegen seinen Vorschlag zur Ausweitung des EZB-Aufgabenspektrums auseinander:

## Grad der Verschuldung bestimmt nicht Kreditwürdigkeit

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt entwickelten sich die Staatsschulden in...



Die Gläubiger forderten dafür eine Verzinsung von...



Quelle: De Grauwe 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

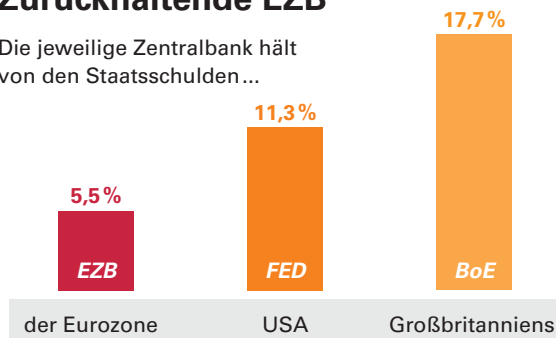
könnte die Zentralbank als „Kreditgeber letzter Instanz“ auftreten. Sondern auch, wenn verunsicherte Anleger Euro-Staaten plötzlich von der Kreditversorgung abschneiden.

De Grauwe vergleicht die Bankenkrise von 2008 mit der 2010 ausgebrochenen Staatsschuldenkrise. Dabei kommt er zu dem Schluss, dass die Grundmuster sich ähneln: Die Marktteilnehmer verloren zunächst das Vertrauen in bestimmte Wertpapiere – verbriefte US-Hypotheken oder griechische Staatsanleihen. In der Folge griff die Verunsicherung auch auf andere Märkte oder Marktsegmente über. In der Bankenkrise auf den Geldmarkt, in der Schuldenkrise auf die Anleihekurse anderer Länder.

Wird der Vertrauensverlust nicht gestoppt, können Abwärtsspiralen entstehen. Aktuell heißt das: Fordern Geldgeber immer höhere Risikoprämien, können sie Staaten in die Insolvenz treiben – und damit auch deren Gläubigerbanken. Der wirksamste Schutz gegen eine solche Eskalation besteht de Grauwe zufolge in einer Institution, die im Ernstfall eingreift, so wie es die EZB in der Bankenkrise getan hat. In aller Regel müsse ein solcher „lender of last resort“ gar nicht

## Zurückhaltende EZB

Die jeweilige Zentralbank hält von den Staatsschulden...



Quelle: De Grauwe 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

**Kosten für die Steuerzahler?** Wenn die Zentralbank in einer Staatsschuldenkrise nicht interveniert, wird es am Ende nötig sein, viele Banken zu stützen, die durch den Wertverlust von Staatsanleihen in ihrem Portfolio vor der Pleite stehen. Darüber sind sich alle Experten einig. Die Bankenrettung könne letztlich aber deutlich teurer werden, schreibt de Grauwe. Schließlich sei die Gesamtverschuldung des Bankensektors um ein Vielfaches höher als die der Staaten. Zudem weist der Wissenschaftler darauf hin, dass für die Zentralbank ohnehin immer ein Risiko bestehe, Verluste zu machen, die letztlich der Steuerzahler tragen muss. Denn bei ihren so genannten Offenmarktgeschäften kauft sie Wertpapiere privater Anbieter, bei denen gleichermaßen ein Ausfallrisiko besteht. Es würde sich daher nichts Grundsätzliches

verändern, wenn die EZB ihre Bestände an Staatsanleihen aufstocken würde, wie es etwa die amerikanische Fed oder die Bank of England getan haben.

**Inflationsrisiken?** Wenn die EZB Staatspapiere kauft, pumpt sie frisches Geld in den Markt. Doch damit müsse sich die Geldmenge insgesamt nicht zwangsläufig erhöhen, erläutert der Wissenschaftler. Denn es gibt einen starken, empirisch gut belegten, Gegeneffekt: In Krisenzeiten vergeben die Geschäftsbanken weniger Kredite. Unter dem Strich würde die Geldmenge insgesamt nicht steigen – und von ihr keine Inflationsgefahr ausgehen.

**Einladung zum Schuldenmachen?** Damit Regierungen sich nicht einfach darauf verlassen, dass die EZB ihnen stets die Ausgabe neuer Schuldverschreibungen ermöglicht, sollte eine länderübergreifende Institution die Finanzpolitik der Eurostaaten koordinieren und überwachen, schreibt der Ökonom. Dem stehe ein erweiterter EZB-Auftrag jedoch nicht im Wege. De Grauwe beschreibt die Aufgabenteilung zwischen Geld- und Finanzpolitik mit einer Metapher: Der EZB falle die Rolle der Feuerwehr zu, die in die Lage versetzt werden müsse, im Notfall zu löschen. Eine koordinierte Finanzpolitik solle die Rolle von Justiz und Polizei übernehmen, die Brandstiftung bestrafen – oder besser durch präventive Maßnahmen verhindern. ◀

\* Quelle: Paul de Grauwe: The European Central Bank: Lender of Last Resort in the Government Bond Markets?, CESifo Working Paper No. 3569, September 2011; ders.: The Governance of a Fragile Eurozone, CEPS Working Document, Mai 2011

Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

## WIRTSCHAFTSKRISE

# EU: Wenig Steuern auf Kapital

**In vielen EU-Ländern sind die Steuern auf Kapitaleinkommen gesunken – besonders in Deutschland. Die EU-Kommission will nun die Finanzbranche stärker an den Kosten der Krise beteiligen.**

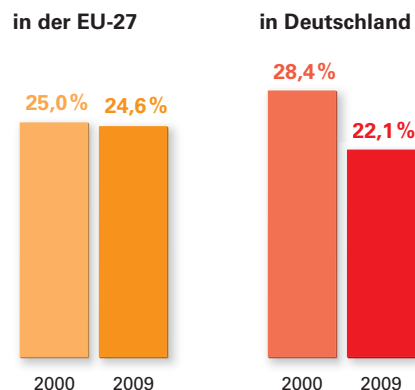
Weniger als ein Fünftel des Aufkommens in der Europäischen Union stammt aus Steuern auf Kapitalerträge, zeigen Berechnungen der europäischen Statistikbehörde Eurostat. \* 2009 betrug die durchschnittliche Belastung von Kapitaleinkommen 24,6 Prozent. Weitaus höhere Werte erreichten Frankreich mit 35,6, Großbritannien mit 38,9 und Italien mit 39,1 Prozent. Deutschland hingegen lag mit 22,1 Prozent unter dem Schnitt; im Jahr 2000 waren es noch gut sechs Prozentpunkte mehr.

Allein die Befreiung der Finanzdienstleistungen von der Mehrwertsteuer bedeutet EU-weit Steuererleichterungen von 18 Milliarden Euro jährlich. Als wesentlicher Auslöser der Wirtschaftskrise solle die Finanzbranche jedoch einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung der EU-Staaten leisten, so die Europäische Kommission. Sie schlägt daher die Einführung einer Finanztransaktionssteuer vor.

Würden rund 85 Prozent der zwischen Finanzinstituten abgewickelten Transaktionen in der EU besteuert, wären jährliche Einnahmen von etwa 57 Milliarden Euro möglich: Auf den Handel mit Anteilen und Anleihen entfielen ein Steuerersatz von 0,1 Prozent, auf den mit Derivaten 0,01 Prozent.

## Spielraum nach oben

Die durchschnittliche tatsächliche Steuerbelastung für Einkünfte aus Kapital betrug...



Quelle: Eurostat 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

Die Risiken einer solchen Steuer schätzt die Kommission als gering ein: Die Steuersätze seien niedrig und differenziert, die Bemessungsgrundlage breit. ◀

\* Quelle: Eurostat: Taxation trends in the European Union, Luxemburg 2011

Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Riester-Rente: Große Datenlücken

**Riester-Sparen soll künftigen Ruheständlern dabei helfen, das reduzierte Niveau der gesetzlichen Rente auszugleichen. Ob das funktioniert, ist auch nach zehn Jahren nicht klar.**

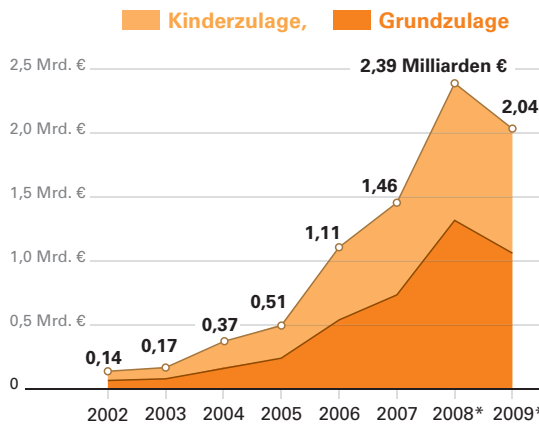
Die Riester-Rente feiert Geburtstag. Vor gut zehn Jahren, im Juni 2001, beschloss der Bundestag das Altersvermögensgesetz, Anfang 2002 trat es in Kraft. Seitdem fördert der Staat bestimmte Anlagen zur privaten Altersvorsorge am Kapitalmarkt mit Zulagen und steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten. Das staatlich unterstützte Vorsorgesparen soll dazu beitragen, dass die Rentner der Zukunft ihren Lebensstandard halten können, wenn die gesetzliche Rente durch verschiedene Reformgesetze über die kommenden Jahrzehnte deutlich gesenkt wird.

Wird dieses Ziel erreicht? Das haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Studien untersucht. Trotzdem lässt sich die Frage nach wie vor nicht sicher beantworten, macht eine Analyse von Florian Blank deutlich. Der WSI-Experte für soziale Sicherung hat die wissenschaftliche Literatur zur Riester-Rente aufgearbeitet.\* Sein Fazit: „Es zeigt sich, dass

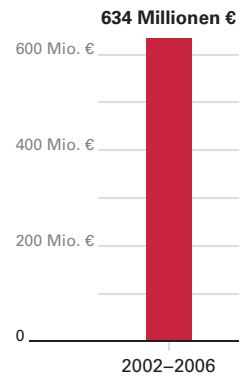
aufgrund der Forschungslage eine abschließende Bewertung nur für einzelne Aspekte möglich ist, da zu einigen ▶

## Milliarden für Riester-Rente

Die staatlichen Aufwendungen für die Förderung der Riester-Rente setzen sich zusammen aus der...



sowie  
Steuernachlässe für  
Riester-Spareinlagen



\*vorläufige Zahlen Quelle: Deutscher Bundestag 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

## Gesamtwirtschaftlich lohnt sich riestern nicht

**Das IMK hat in Modellrechnungen die makroökonomischen Wirkungen der Riester-Rente untersucht.**

**Fazit der nach wie vor aktuellen Studie aus dem Jahr 2009\*: Die kapitalgedeckte Zusatzvorsorge rentiert sich weder für die Beitragszahler noch für die Gesamtwirtschaft.**

Für die Versicherten machen die Ökonomen folgende Rechnung auf: Zwar überschreitet der Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung bis zum Jahr 2030 nicht die 22-Prozent-Marke. Doch weil die Arbeitgeber sich an den darüber hinaus anfallenden Kosten nicht beteiligen, müssen die Beschäftigten das fehlende Geld über eigene Ersparnisse ausgleichen. Einschließlich der Beiträge zur Riester-Rente sollen Arbeitnehmer bis zu 15 Prozent ihres Bruttoeinkommens für ihre Altersvorsorge aufwenden – 11 Prozent als hälftiger Beitrag zur gesetzlichen Rente sowie 4 Prozent für die private Vorsorge.

Ohne die Rentenreformen wäre die Belastung für die Beschäftigten geringer. Der Sachverständigenrat für die Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geht davon aus, dass der Beitragssatz ohne Reformen bis zum Jahr 2030 auf knapp 25 Prozent steigen müsste. Der Anteil der Arbeitnehmer wäre dann also mit 12,5 Prozent deutlich geringer.

Auch die Annahme, die private Altersvorsorge erziele höhere Renditen, ist aus Sicht der IMK-Forscher problematisch. Denn die angenommene durchschnittliche Verzinsung von vier Prozent würde bedeuten, dass Kapitaleinkommen

dauerhaft stärker wachsen als Löhne und Gehälter. Von einer solchen Umverteilung sei aber langfristig nicht auszugehen. Gerade die ungleiche Verteilung sei eine der Wurzeln der Finanz- und Weltwirtschaftskrise ab 2008 gewesen.

Zudem hemmt das Umschwenken von Umlagefinanzierung auf Kapitaldeckung das gesamtwirtschaftliche Wachstum, so das IMK. Die Forscher spielten die Entwicklung wirtschaftlicher Eckdaten mit und ohne Einführung der Riester-Rente anhand von Modellrechnungen durch. Die Ergebnisse: Im Zuge der Rentenreformen zwischen 2002 und 2007 stieg die Sparquote der privaten Haushalte um knapp einen Prozentpunkt, ihr Konsum schwächte sich um anderthalb Prozent ab. Das dämpfte die Wirtschaftsleistung innerhalb von sechs Jahren real um fast ein Prozent, das Beschäftigungsniveau um gut ein halbes Prozent.

Damit machte die vergleichsweise schlechte wirtschaftliche Entwicklung die „Einsparerfolge“ des Staates bei den Ausgaben der Rentenversicherung wieder zunichte, so die Ökonomen. Zudem sei das Kapitaldeckungsverfahren weit aus weniger krisenfest als umlagefinanzierte Systeme, wie die aktuelle Situation an den Finanzmärkten zeigt. Von einer Ausweitung der Kapitaldeckung, etwa auf die Pflegeversicherung, raten die Wissenschaftler deshalb dringend ab. ◀

\* Quelle: Camille Logeay, Volker Meinhardt, Katja Rietzler, Rudolf Zwiener: Gesamtwirtschaftliche Folgen des kapitalgedeckten Rentensystems. IMK Report Nr. 43, November 2009  
Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

► zentralen Fragen keine oder nur lückenhafte Daten vorliegen oder verfügbare Daten teils widersprüchliche Schlüsse zulassen.“ Auch an ganz grundsätzlichen Punkten sieht der Wissenschaftler deshalb noch erheblichen Klärungsbedarf:

**Wie viele nutzen die Vorsorge?** So viel ist aus Berichten der Bundesregierung bekannt: Bis Ende Juni 2011 wurden knapp 14,8 Millionen Riester-Verträge abgeschlossen. Die Deutsche Rentenversicherung führte Mitte 2010 11,6 Millionen Konten, über die Zulagen an Riester-Sparer gezahlt werden können. Allerdings standen dem 2007 nach Schätzungen 38,6 Millionen Menschen gegenüber, die einen Anspruch auf Riester-Förderung hätten.

Zudem bleiben blinde Flecken. So rechnen Wissenschaftler damit, dass beispielsweise im Jahr 2008 rund fünf Prozent der neu abgeschlossenen Verträge von den Sparern wieder storniert wurden. Diese Zahlen fließen zwar in die Statistik ein. Warum aus dem Vorsatz zur Vorsorge dann aber doch nichts wurde, ist unbekannt. Andere Studien belegen, dass etliche Sparer mit laufenden Verträgen die Förderung nur zum Teil ausschöpfen, andere lassen den Sparkontrakt über längere Zeit ruhen. Auch hier ist unerforscht, woran das liegt. Fehlen den Versicherten Informationen? Haben sie finanzielle Schwierigkeiten, vielleicht den Job verloren? Gerade dieses Wissen, so Blank, sei wichtig, um möglicherweise sozialpolitisch gegensteuern zu können – und zu verhindern, dass ein relevanter Teil der privaten Altersvorsorge nur auf dem Papier existiert.

**Kaum Daten zur Rendite.** Für Versicherungen und Banken ist die Riester-Rente ein Milliarden-Markt. Anlageprodukte, zu denen der Staat eine Zulage zahlt, müssen vom Bundeszentralamt für Steuern geprüft werden. Bis Ende Januar 2011 hatte die Behörde mehr als 5.100 Produkte als „riesterfähig“ zertifiziert. Auch wenn davon nur ein Bruchteil ak-

tiv vertrieben wird, ist der Markt extrem unübersichtlich, zeigt Blanks Auswertung. Systematische Überblicke über Kosten und Renditen der Riester-Produkte fehlen.

Ungeklärt ist beispielsweise, ob die Anlagen tatsächlich durchschnittlich vier Prozent Rendite pro Jahr bringen – so, wie es bei Einführung der Zusatzvorsorge erwartet worden war. Die Bundesregierung konnte zu diesem für die Wirksamkeit des neuen Systems entscheidenden Aspekt bislang keine Daten liefern. Analysen und Simulationsrechnungen von Wissenschaftlern kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen. Einzelne Studien im Auftrag von Verbraucherschützern, die eine Auswahl von Produkten unter die Lupe nahmen, stellten bei etlichen davon große Defizite fest: Die Kostenstrukturen des Vertrags seien für den Kunden oft intransparent, bei der Auszahlung im Alter gebe es selbst innerhalb einer Produktgruppe „dramatische Unterschiede“. Die Datenlücke müsse dringend geschlossen werden, mahnt Blank. Sein Vorschlag: Falls die nötigen Informationen von den Anbietern nicht zu bekommen seien, sollte versucht werden, durch Erhebungen bei Riester-Kunden Licht ins Dunkel zu bringen.

**Mitnahmeeffekte.** Einige, aber nicht alle Untersuchungen kommen zu dem Schluss, dass die Riester-Förderung erhebliche Mitnahmeeffekte auslöst: Personen, die bislang ohnehin schon Geld für den Ruhestand zurückgelegt haben, würden andere Sparformen durch ein Riester-Produkt ersetzen, um in den Genuss der Förderung zu kommen. WSI-Experte Blank sieht auch hier weiteren Forschungsbedarf. Schließlich gehe es darum, wie zielgenau die Riester-Förderung wirkt. ◀

\* Quelle: Florian Blank: Die Riester-Rente – Überblick zum Stand der Forschung und sozialpolitische Bewertung nach zehn Jahren, in: Sozialer Fortschritt, Juni 2011  
Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

## Gesundheit

### Arme sind häufiger krank

Von Armut Bedrohte sind häufiger krank und sterben früher. Diesen Befund unterstreicht der neue Datenreport des Statistischen Bundesamtes, der Bundeszentrale für politische Bildung und des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung.

Viele Krankheiten und Beschwerden kommen bei Personen mit geringem Einkommen, einfacher Bildung und niedriger beruflicher Stellung vermehrt vor. Wer mit weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens auskommen muss, leidet im mittleren Lebensalter insbesondere öfter an chronischen Erkrankungen

wie Herzinsuffizienz, Bluthochdruck, Arthrose oder Depressionen. Auch Arbeitslosigkeit geht mit einer schlechteren Gesundheit einher.

Die Studienautoren sehen als Gründe den finanziell engeren Handlungsspielraum und geringeren Lebensstandard. Das Gesundheitsverhalten – wie Tabakkonsum oder sportliche Inaktivität – spielt ebenfalls eine Rolle. Aber auch psychosoziale Belastungen seien von Bedeutung, zum Beispiel Zukunftssorgen oder Ausgrenzungserfahrungen. Zudem liegt die Lebenserwartung von Männern und Frauen der Armutrisiko-

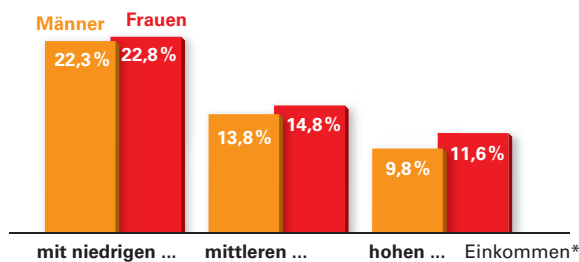
gruppe um etwa fünf Jahre unter dem Durchschnitt. Menschen mit sehr hohem Einkommen (mehr als 150 Prozent des Durchschnitts) leben hingegen rund fünf Jahre länger. Bei Männern

beträgt die Differenz zwischen Arm und Reich insgesamt fast elf Jahre, bei Frauen beträgt der Unterschied rund acht Jahre.

Datenreport 2011

### Geringes Einkommen, hohes Risiko

Einen schlechten Gesundheitszustand haben nach eigener Einschätzung ...



\* Gruppen: unter 60 %, 60 – 150 %, über 150 % des durchschnittlichen Einkommens  
Datenbasis: 2006 – 2009 | Quelle: SOEP 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

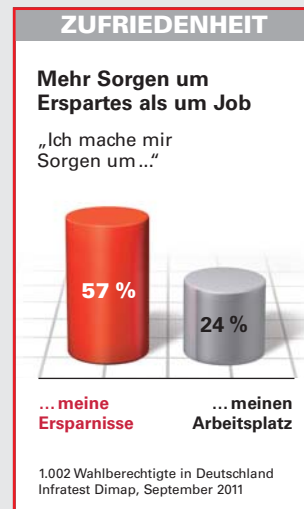
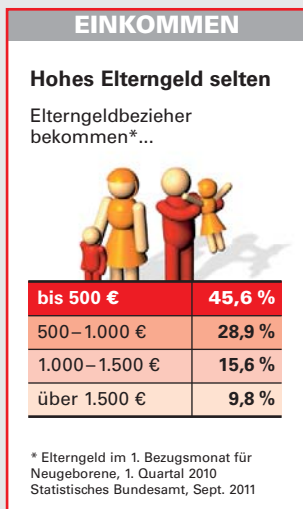
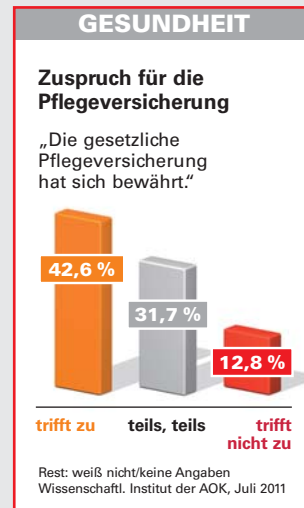
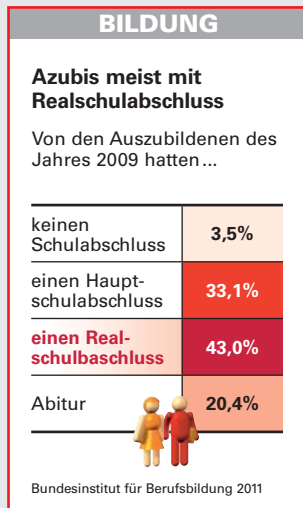
Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

## Impressum

**Herausgeberin:** Hans-Böckler-Stiftung  
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11/7778-0  
**Verantwortlicher Geschäftsführer:** Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.)  
**Chefredaktion:** Karin Rahn; **Redaktion:** Rainer Jung, Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter, Sören Zieher  
 E-Mail [redaktion-impuls@boeckler.de](mailto:redaktion-impuls@boeckler.de); Telefon 02 11/77 78-286,  
 Fax 02 11/7778-207; **Druck und Versand:** Setzkasten GmbH,  
 Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

**Weiter im Netz:** Alle Grafiken zum Download (nach Rücksprache mit der Redaktion Abdruck frei bei Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

## TrendTableau



► **ÄLTERE BESCHÄFTIGTE:** Ältere sind in Deutschland statistisch betrachtet deutlich häufiger berufstätig als noch vor zehn Jahren. Zwischen 1998 und 2009 stieg der Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 60 bis 64 Jahren von rund zehn Prozent auf knapp 25 Prozent. Dies meldet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Allerdings blieben die Arbeitsmarktproble-

me älterer Menschen „weiterhin unübersehbar“, betonen die Wissenschaftler des Instituts. So seien im Jahr 2010 mehr als 40 Prozent der älteren, das heißt über 50-jährigen, Arbeitslosen länger als zwölf Monate ohne Job gewesen. Bezogen auf die Gesamtheit der Erwerbslosen liegt die Langzeitarbeitslosigkeit nur bei 18 Prozent.  
 IAB, Oktober 2011

► **ARBEITSMARKT:** Die Wirtschaftskrise hat 2008 und 2009 europaweit über fünf Millionen Arbeitsplätze gekostet. Nach Berechnungen des EU-Forschungsinstituts Eurofound lag die Zahl der Erwerbstätigen im zweiten Quartal 2010 um 2,3 Prozent unter dem Vergleichswert vom Sommer 2008 – also der Zeit kurz vor dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman

Brothers, mit dem die weltweite Finanzkrise begann. Der schon vorher zu beobachtende Trend zur Polarisierung der Einkommen habe sich durch die Krise bescheunigt, so Eurofound. So gingen vor allem im mittleren Einkommens- und Qualifikationsbereich fast fünf Millionen Stellen verloren. Viele davon in Produktion und Bauwirtschaft.  
 Eurofound, Oktober 2011

Der nächste Böckler Impuls erscheint am 2. November

bestellen unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)